

Sozialismus«: Diesen drei Ländern ist gemeinsam, daß sie volkswirtschaftlich unter dem Druck der Bedienung und Verringerung von hohen Schuldensummen stehen.

Von anderer Art sind die vier Aufsätze, die sich um die Konkretisierung »alternativer Lösungsansätze« bemühen. Es geht um Überlegungen, wie der Problemkomplex der »Dritte Welt«-Verschuldung primär im Interesse der ausgebeuteten Gesellschaftsklassen anzugehen sei. *Volmer* gerät bei der Diskussion der Einwände gegen seine Forderung »Die Schulden müssen umfassend gestrichen werden« in aparte Argumentationen, z.B. mit dem Hinweis auf die Rationalität von »Kapitalflucht« (158), oder bei der ausgesuchten Frage, ob »die Verletzung von Souveränität mit Berufung auf humanitäre Ziele ... propagiert« werden dürfe (16). Statt globale Regulations- »Szenarien« zu entwerfen, in die eine Überfülle nicht reflektierter Bedingungen eingeht, wäre nützlich zu überlegen, wie man dem Finanzkapital im jeweiligen Nationalstaat, d.h. in der BRD, versuchsweise (um »strategisch« u.ä. zu vermeiden) in den Arm fallen kann. *Hankel* sieht die Problemlösung in der »Entschuldung« der betroffenen Volkswirtschaften und in der Abhilfe bei einer entscheidenden Schwachstelle der »Dritte«- und »Vierte Welt«-Ökonomien: beim Aufbau einheimischer »Investmentbankwesen«, was einen mehr binnenorientierten Weg industrieller Kapitalakkumulation sicherstellen soll. *Simon* geht davon aus, daß als Voraussetzung für eine grundsätzlich verbesserte Situation der Schuldnerländer »die existierenden internationalen Herrschaftsstrukturen gebrochen« werden müssen. Nach Aufweis der dem Konzept »Neue Weltwirtschaftsordnung« inhärenten falschen Beurteilungen und Idealismen skizziert sie den Rahmen besserer Existenzbedingungen der heutigen peripheren Wirtschaften: »die Auflösung des Weltmarktes zugunsten gebrauchswertorientierter internationaler Beziehungen« (196). Potentiale in dieser Richtung scheinen ihr in Kooperationsabkommen (Argentinien/Brasilien) und in Naturalgeschäften (Peru) gegeben. Überlegungen für eine grundsätzlich andere Produktionsweise (»öko-feministische Gesellschaft«) stellt *Mies* an. Ihre Kritik der »Ausbeutung der Natur, der Frauen und fremder Völker« (201) schließt die Absage an tradierte linke Politik-Konzepte ein, die blind sind für die Folgen kapitalistischer Produktivkraftentwicklung und für die imperialistische Komponente des Lebensstandards der metropolitenen Lohnarbeiter (202). Ein Problem ihres Konzepts scheint mir darin zu liegen, daß nicht klar wird, wer die Träger einer neuen Vergesellschaftung »öko-feministischen« Typs sein sollen und ob »Konsumbefreiung«, angesichts der pathogenen Herrschaft des Gegenteils, nicht erst auf der Talsohle wirklicher Sachzwänge, nach Krieg, Katastrophen u.ä., organisierbar ist.

Die Stärke des Bands sind die Analysen von Tetzlaff und Altvater, in denen frühere Arbeitsergebnisse der Verfasser verdichtet sind, und die Länderstudien. Sie kompensieren m.E. die schwächeren Teile, zumal an die Beiträge zum Thema »Lösungsstrategien« auf Grund der thematischen Verschiedenheit vielleicht nicht dieselben Ansprüche gestellt werden können.

Ulrich Rasche (z.Zt. Hagen/Westf.)

The Road to Economic Recovery. Report of the Twentieth Century Fund Task Force on International Debt. (Mit einem Hintergrundpapier von Rüdiger Dornbusch.) Priority Press Publications, New York 1988 (125 S., Ln., 9,95 £)

»Die Verschuldungskrise begleitet uns schon fast acht Jahre.« Das mit dieser düsteren Feststellung eingeleitete Buch enthält das Ergebnis der Diskussionen und Beratungen einer hochkarätigen »task force«, die im Auftrag des amerikanischen Twentieth Century Fund den Versuch unternahm, die Verschuldungskrise der Entwicklungsländer zu analysieren und Empfehlungen für ihre Bewältigung zu formulieren. Zu den Experten zählten Bankiers, Journalisten, Akademiker, sogar der ehemalige

mexikanische Finanzminister Silva Herzog. So unorthodox wie ihre Zusammensetzung sind auch die Vorschläge der Arbeitsgruppe; für sie ist die Verschuldungskrise an einem Punkt angelangt, wo nur verschiedene Formen der Schuldendienstleistung merkliche Effekte haben könnten: »der Zeitpunkt ist gekommen, die Strategie zu überdenken« (3).

Im Hintergrundpapier von Rüdiger Dornbusch wird die Argumentation für viele der Empfehlungen geliefert. Dornbusch stellt zunächst fest, daß in den letzten sieben Jahren die makroökonomischen Indikatoren keine Verbesserung in der Situation der hochverschuldeten Entwicklungsländer erkennen lassen. So ist in der Gruppe der fünfzehn Entwicklungsländer, die im Baker-Plan von 1985 aufgelistet wurden, das Wachstum des BSP pro Kopf von 2,7 Prozent in der Periode 1971-1980 bis auf minus 0,7 Prozent jährlich in der Periode 1982-1988 gefallen (31). In den letzten sechs Jahren sind diese Länder absolut und relativ gesehen ärmer geworden. Dornbusch listet eine Reihe von Faktoren auf, die zu der heutigen Krise geführt haben: die weltweite Rezession anfang der achtziger Jahre, die zu einem Verfall der Rohstoffpreise führte; die zwei Wellen des Erdölschocks in den siebziger Jahren, die die Entwicklungsländer unterschiedlich trafen; die Effekte von Mißwirtschaft, Währungsüberbewertung und Fehlinvestitionen in den Entwicklungsländern; und schließlich die übermäßige Kreditvergabe der internationalen Banken zu einer Zeit, wo die Risiken solcher Geschäfte noch nicht klar waren (37).

Dornbusch versucht herauszustellen, daß in verschiedenen Ländern verschiedene Kombinationen von Faktoren maßgebend sind: Während in Brasilien z.B. ein guter Teil der Kredite produktiv investiert wurde, war dies in vielen anderen Ländern nicht der Fall. Das Interessanteste in dem Hintergrundpapier ist jedoch die Analyse der Ursachen für das Scheitern der mittlerweile schon klassischen Anpassungsprogramme, die den verschuldeten Ländern seit 1982 aufgezwungen werden. In einer Situation, wo die nationale Wirtschaft an vielen Stellen (und nicht nur in der Außenwirtschaft) Risse zeigt, führt der Versuch, kurzfristig die Zahlungsbilanz der Länder zu verbessern, unweigerlich zu immer neuen Problemen. Die Streichung von Subventionen z.B., die ein fester Bestandteil von Anpassungsprogrammen ist, führt zu einer weiteren Verschlechterung der Löhne und damit zu sozialen Ausbrüchen. Versuche, Fluchtkapital durch höhere Zinsen zurück ins Land zu locken, erinnern an die Quadratur des Kreises, weil durch diese Maßnahme die innere Verschuldung teurer wird und der Haushalt noch defizitärer. Die verschuldeten Länder befinden sich damit in einer sehr prekären Lage — die kleinste nationale oder internationale Erschütterung kann die Wirtschaft noch tiefer in die Krise stürzen.

Dornbusch analysiert auch die verschiedenen Formen des bis heute verfolgten Krisenmanagements und zeigt, an welchen Stellen sie widersprüchlich sind. Der Baker-Plan war von Anfang an mehr eine Absichtserklärung als ein Aktionsplan. Nicht umsonst entschied sich die »task force« für einen »aktiven« Vorschlag: »Die Arbeitsgruppe empfiehlt nachdrücklich, daß sofort Versuche unternommen werden, Zinskapitalisierung und Recycling von Zinszahlungen in lokale Währung einzuführen als Mittel, um einen Ausgleich zwischen dem Bedarf an Investitionen, dem Wachstum der Entwicklungsländer und den Rechten der Gläubiger zu finden.« (20) Ein partieller Schuldenerlaß wäre möglich, wenn der Discount auf dem Sekundärmarkt an die Entwicklungsländer weitergegeben würde. Dafür wären institutionelle Maßnahmen notwendig. Diese Krise zu lösen bedarf es aber mehr, als nur den Schuldendienst zu reduzieren. Deswegen plädiert die Arbeitsgruppe für eine Umkehrung des finanziellen Transfers. Nicht die Entwicklungsländer sollten Kapital in die Industrieländer exportieren, sondern umgekehrt.

Daß die Arbeitsgruppe trotz ihrer nicht orthodoxen Vorschläge mit den Füßen auf dem Boden bleibt, zeigt das Plädoyer von Dornbusch für ein »verantwortliches einseitiges Handeln« der verschuldeten Länder: »Im Sommer 1982 kam Silva Herzog, der mexikanische Finanzminister, nach Washington, um darzulegen, daß sein Land seine Schulden nicht bedienen könnte. Mitten in der Konfusion und Hektik der Rettungsaktion bekam er eine deutliche Botschaft zu hören: Trefft vor allem keine einseitigen Entscheidungen! Jetzt, sechs Jahre später, hat sich der Kreis geschlossen: Wer auch immer, tue genau dies!« (67) Raúl Rojas (West-Berlin)

Ikonicoff, Moisés: De la cultura de renta a la economía de producción. Ed. Legasa, Buenos Aires 1989 (143 S., br.)

Der Ökonom Moisés Ikonicoff, seit Juli 1989 Planungsstaatssekretär der neuen argentinischen Regierung und ehemals Direktor der Pariser *Revue Tiers Monde*, ist den deutschsprachigen Dritte-Welt- und Lateinamerika-Spezialisten wenig bekannt, obwohl er im September 1988 als »Staatsanwalt« der 3. Welt beim IWF-Gegenkongreß in Berlin war. Sein nach der Rückkehr nach Buenos Aires veröffentlichtes Buch »Von der Rentenkultur zur Produktionswirtschaft« könnte aber einige sehr wertvolle Einblicke in die komplizierte Problematik des chaotischen La-Plata-Landes bieten. Gerade rechtzeitig vor den Wahlen, die die Weichen für die nächsten Jahre stellen sollten, ist es ihm gelungen, klare Antworten auf zwei brennende Fragen zu liefern: Warum ist Argentinien seit Jahrzehnten ein Land, das alle Theorien über Unterentwicklung, Voraussetzungen der Demokratie usw. zu widerlegen scheint? Wie könnte es endlich aus der Sackgasse der Dekadenz, der Desindustrialisierung und der Desorientierung herauskommen?

Die grundlegende These Ikonicoffs — der in seinen vorherigen Arbeiten bereits klarsichtige Analysen zum Thema »selektive Abkoppelung« und »Industrialisierungsstrategien in einer Epoche technologischer Umwälzungen« unternommen hat — ist einfach: Argentinien ist eine Art Opec-Land *avant la lettre*, d.h. ähnlich wie Spanien im 17. Jahrhundert und die Erdölländer im 20. Jahrhundert leidet es an den Folgen einer »Rentenkultur«, die ihm in der Periode 1880-1930 überhöhte Einkünfte durch eine Art Differentialrente des damals günstigen Weltmarktes gegeben hat. Aus dieser Situation — deren abgeschwächte Form in den sechziger Jahren als »holländische Krankheit« in die Theorie eingegangen ist — leiten sich, hier wie in den Opec-Ländern, einige wesentliche Konsequenzen ab: die dynamische Rolle der umfangreichen Staatsausgaben, die ohne Anwendung von kohärenten Effizienzriterien getätigt werden und denen kein — oder kaum ein — internes Steueraufkommen gegenübersteht; die ebenfalls ineffiziente, da von der »Rente« subventionierte und verzerrte Produktionsstruktur, die in keiner logischen Relation zur Ressourcenkonstellation, zur Fähigkeit, Technologien zu absorbieren und zur Verfügbarkeit über die verschiedenen Produktionsfaktoren steht; die völlig sekundäre oder inexistente Rolle des internen Sparaufkommens; die besonders starken Tendenzen zum Luxuskonsum und zur Verstärkung; eine besondere Logik der Entgeltung der Arbeit, die nicht direkt mit deren Produktivität zu tun hat, sondern mit der Position des Arbeitenden in der Gesellschaft, und die daher auch zu besonders starken Widerständen gegen technologische oder organisatorische Veränderungen führt.

Die These widerspricht nicht der Interpretation des deutschen Argentinien-Spezialisten Peter Waldmann, der von einem »Schwellenland auf Dauer« spricht, das eben durch die Prosperität der Jahre 1880-1930 an einer effizienten Umstrukturierung der Produktion in Richtung binnenmarktorientierter Industrie gehindert wurde. So kommt man mit dem Ökonomen Ikonicoff zum paradoxen Schluß, daß das grund-

legende Problem des Landes kein ökonomisches, sondern ein kulturelles ist: Paradox ist das insbesondere, wenn man bedenkt, daß Argentinien auch heute noch ein Land mit sehr hohem kulturellem Niveau ist. Dringend notwendig wäre jedoch, so der Autor, eine Veränderung der Mentalitäten, weg von der vorherrschenden Renten- und Spekulationskultur zu einer Grundeinstellung, die in produktive Bahnen führt, statt nur um die Verteilung des stagnierenden Nationalprodukts zu streiten.

Ikonicoff unterstreicht auch zu Recht die Unzulässigkeit der geläufigen Wirtschaftstheorien in bezug auf den argentinischen Sonderfall. Die CEPAL- und Dependenzansätze können die unglaubliche Dekadenz nicht erklären, die das Land in den letzten fünfzehn Jahren erleidet: Trotz brutaler Kapital- und Einkommenskonzentration war es nicht möglich, eine dynamische Entwicklung à la Brasilien in Gang zu setzen, und trotz der Repression gegen die Gewerkschaften konnte die Inflation nicht dauerhaft gebremst werden. Als Ausweg bietet sich für den mit dem Peronismus zusammenarbeitenden Autor nur eine Strategie an, die zu einer Art »produktiver Revolution« führt, wie sie der neue Präsident Carlos Menem im Auge hat. Ikonicoff betont dabei die vorrangige Notwendigkeit der Wiederherstellung der Infrastrukturen wie Transportwesen und Telefon. Er lehnt mit überzeugenden Argumenten die Illusionen des neoliberalen Modells ab, das auf Privatisierungen und ausländische Investitionen setzt, sowie auch die derjenigen, die in der Außenschuld nicht die Spitze des Eisbergs, sondern das Hauptproblem an sich sehen. Als grundlegendes Konzept zur Überwindung der Krise gibt es kaum anderes anzubieten als die Mobilisierung und vernünftige Kanalisierung der eigenen Ressourcen, denn das Beispiel der Opec-Länder zeigt ja, daß auch Kapitalzuflüsse in der Höhe mehrerer Marshall-Pläne keine Lösung bringen, sondern im Gegenteil die Probleme der Unterentwicklung noch verschärfen.

Das Buch Ikonicoffs, das im jetzigen Moment der widerspruchsvollen Reorientierung von besonderer Aktualität ist und dessen Interesse weit über das La-Plata-Land hinausgeht, z.B. im Hinblick auf Venezuela und Algerien, kann allen Praktikern und Theoretikern der Dritten Welt sehr nützliche neue Einblicke geben.

Viktor Sukup (Buenos Aires)

Hwang, Byung-Duck: Nachholende Industrialisierung und autoritärer Staat. Das Beispiel Südkorea: Politik, Ideologie und weltmarktorientierter Kapitalismus. Edition Sigma, Berlin 1989 (359 S., br., 39,- DM)

Hwangs Analyse greift in die Debatte um die Entwicklungswege der »newly industrialising Countries« ein und kritisiert zugleich die sich heute in einer Paradigmenkrise befindende kritische Sozialwissenschaft Südkoreas, »die sich mehr oder weniger auf die Theorie des peripheren Kapitalismus oder die neokoloniale Stamokap-Theorie beruft« (12) mit dem Ziel, die Strategiebildung der südkoreanischen Linken zu erneuern.

Zunächst betont er in einer ausführlichen staats-theoretischen Standortbestimmung, daß die »Wirksamkeit« (73) der kapitallogischen Gesetzmäßigkeiten von der relativen Autonomie des Staates, der Ideologie, der Residuen einer vergangenen Gesellschaftsformation und anderen Überbauinstanzen abhängt. Die historische Entwicklung sei »vermittelt durch die 'società politica' und 'società civile'« (73), wie er mit Gramsci formuliert. Dementsprechend könne »der Marxsche Krisenbegriff ... nur als objektive Raffinenbildung von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die prinzipiell von hegemonialen Praktiken abhängen, betrachtet werden« (ebd.). In seiner historisch angelegten Analyse führt er den begrenzten Erkenntniswert der Modernisierungs-, Dependenz-, peripherer Kapitalismus und Weltsystemtheorien vor,